

Lothar Höbelt. *Franz Joseph I: Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte.*
Wien: Böhlau Verlag Wien, 2009. 171 S. ISBN 978-3-205-78316-9.



Reviewed by Alfred Ableitinger

Published on H-Soz-u-Kult (March, 2010)

L. Höbelt: Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich

Lothar Höbelt, einer der besten deutschsprachigen Kenner der spätesten Habsburgermonarchie, legt mit diesem schmalen Band weder die Skizze einer politischen Biographie Franz Josephs noch einer politischen Geschichte von Kaiser und Reich vor. An beidem liegt Höbelt nichts, sein Anspruch ist ehrgeiziger: Er will aus âfunktionalistischerâ Perspektive die politischen Prozesse in der Habsburgermonarchie, primär in ihrer westlichen, âsleithanischenâ Hälfte, analysieren (allerdings gibt er auch, was sonst kaum je geschieht, ein Kapitel über jene in der ungarischen). Was er mit âfunktionalistischâ meint, erläutert er leider kaum explizit. Was das knappe Vorwort (S. VII) dazu sagt, ist geradezu trivial. Es deutet bloß an, dass es darum gehen soll, zu zeigen, wie die Zeitgenossen mit dem Grundproblem umgingen, dass das Reich ein Vielvölkerstaat war, und wie sie dabei immer wieder ein Problem benutzte[n], um ein anderes zu relativieren. Wir übersetzen diese Wendung mit: dieses oder jenes Problem zu instrumentalisieren bzw. zu funktionalisieren, um mit anderen kurz-, mittel- oder langfristig zurecht zu kommen. Höbelt will fragen: âWie hat dieses Reich funktioniert, wie hat es funktioniert aus der Sicht [s]eines Herrschers, der sich

bewusst war, einen âAnachronismusâ darzustellenâ (S. VII).

Höbelt orientiert sich also an jener Schule der Politologie, die sich vor mittlerweile bereits langer Zeit als erste ârealistischâ nannte: Auseinandersetzungen zwischen größeren und kleineren, etablierten und neu auf die Bühne tretenden Gruppen in der und mittels Politik um Einfluss bzw. Macht, um Siege, Remis und Niederlagen im Sinne der Spieltheorien stehen im Zentrum, viel weniger ideologisch-programmatische Orientierungen. Alle agierenden Gruppen werden von anderen zu Elementen und Instrumenten ihres Kampfs gemacht, ebenso alle ökonomischen, sozialen, nationalen und verfassungspolitischen Probleme.

Das literarische Genre, das Höbelt wählt, ist jenes des Essays. Mit ihm erspart er sich nicht nur detaillierte Quellen- und Literaturnachweise, sondern auch herkömmliche historische âBeweisführungâ. Aber das tut nichts zur Sache: seine Überlegungen sind allemal prägnant bzw. plausibel, Zusammenhänge, die er herstellt, häufig überraschend und gleichwohl zu meist einleuchtend. Der Band liest sich so gut wie bei

HÄ¶belt Ä¼blich, und er ist entschieden wert gelesen zu werden. Allerdings setzt er einige Kenntnisse Ä¼ber die Thematik voraus; auch diese Rezension muss in der Folge auf sie rekurren.

HÄ¶belts âfunktionalistischerâ Ansatz ist in jedem der zehn Kapitel des Buches fruchtbar (freilich ist er, auch mit Blick auf das spätere Habsburgerreich, nicht vÄ¶llig neu). Wie im Vorwort angedeutet, widmet sich der Autor durchgehend den Strategien des Monarchen und seiner Vertrauensleute, im Zeitalter erst von bÄ¼rgerlich-elitärem Liberalismus und Nationalismus, dann von Mittelstands- bzw. Massenbewegungen mitsamt ihren radikalisierenden Nationalismen mÄ¶glichst viel vom jeweiligen Ancien RÄ¶gime zu bewahren. Das Reich als VielÄ¶lkerstaat bot ihnen die âvollendete Tastatur, um auf ihr âDivide et Imperaâ zu spielenâ (S.Ä 5): 1848/49 mithilfe der âBauernvÄ¶lkerâ der Kroaten und Ukrainer gegen Magyaren und Polen, 1860/67 zugunsten der Magyaren gegen Serben, SiebenÄ¼rger und Kroaten bzw. zugunsten der Deutschen gegen Tschechen, versuchsweise und jeweils so kurzzeitig wie erfolglos 1865 und wieder 1871 zugunsten der Tschechen gegen Deutsche usw. Bei jeder dieser Wendungen hatten der Monarch und die von ihm gewÄ¶hlten Regierungschefs den zentralen Part, nicht die nationalpolitischen ReprÄ¶sentanzen. Auch später galt die Regierungspraxis, keine grÄ¶ßere Gruppe auf Dauer in âFundamentaloppositionâ zu belassen: So hielten es die MinisterprÄ¶sidenten Taaffe mit den Deutschen in den spÄ¶ten 1880er-Jahren, Badeni 1897 mit den Tschechen (S.Ä 105). Keine dieser Operationen geschah freiwillig, jede erfolgte unter massivem parlamentarischen oder außerparlamentarischem Druck und jede kostete den Monarchen und den traditionellen Staatsapparat ZugestÄ¶ndnisse. Aber stets belieÄ¶en sie Kaiser, Regierungen und BÄ¼rokratie mehr Einfluss, als erwartet werden konnte. Nicht zuletzt galt das wÄ¶hrend der Zeit abwechselnder nationaler Obstruktion im Parlament seit 1897 (Ä¼brigens auch in Ungarn seit 1903). Allenthalben nur âwohltemperierte Unzufriedenheitâ zuzulassen, war die Devise (S.Ä 5).

Die anhaltende Relevanz vormoderner politischer Strukturelemente in der Donaumonarchie und die Verfahren zu beleuchten, mittels welcher dies in erheblichem MaÄ¶e bewirkt wurde, ist umso mehr ein Verdienst des Verfassers, als er dabei auch auf selten erÄ¶rterte ZusammenhÄ¶nge aufmerksam macht: Was zum Beispiel bewirkte, dass AuÄ¶en- und damit MilitÄ¶rpolitik vom Herrscher, seinen AuÄ¶enministern und der Armee-fÄ¼hrung betrieben werden konnten und beinahe nie

in innenpolitische Kontroversen gezogen wurden? Gewiss der bis 1908/09 weitgehend bestehende Konsens, dass das BÄ¼ndnis mit Berlin und die mit seiner Hilfe vollbrachte EindÄ¶mzung der Ambitionen des Zarenreiches in SÄ¼dosteuropa ungefÄ¶hr das Optimum des Realisierbaren leisteten. Ferner vielleicht auch eine Scheu der Parlamentarier und ihres jeweiligen publizistischen Anhangs, sich auf diese Themen einzulassen. Aber HÄ¶belt zeigt, dass auch ein Detail der Regelungen von 1867 dafür sorgte: Im damaligen âAusgleichâ waren die âDelegationenâ, die AusschÄ¶sse aus dem Wiener bzw. Budapester Parlament, die Ä¼ber die Budgets von Diplomatie, Heer und Marine zu entscheiden hatten, so konstruiert, dass die beidseitigen OberhÄ¶user je ein Drittel der Delegierten stellten. Das sicherte allemal die entsprechenden Budgets und befreite den Monarchen und seine AuÄ¶en- und Kriegsminister von substantiellen parlamentarischen Debatten Ä¼ber ihre Politik. Jedoch entschieden die Abgeordneten der beiden Parlamente Ä¼ber die Zahl der auszuhebenden Rekruten; dieses Thema wurde, sehr bezeichnend, zwar fast nie von Obstruktion bedroht, aber bis 1912/13 so entschieden, dass der Stand an ausgebildeten Reservisten der Monarchie im internationalen Vergleich zurÄ¼ckblieb (S.Ä 61f.).

HÄ¶belt nimmt es als Faktum hin, dass liberale Bewegungen in der Donaumonarchie allemal nationalliberale waren; er fragt nicht nach ihren Kooperationspotentialen und -versuchen. Anders hÄ¶lt er es mit den konservativen. Dazu nimmt er als deren Basis die Bauernschaft in den Blick: Sie, sagt er, war auch nach der Grundentlastung 1848/49 nicht zufrieden genug, um Franz Joseph als Basis eines plebiszitÄ¶ren Kaisertums nach dem Modell Napoleons III. verfÄ¼gbar zu sein; sie eignete sich âals Ruhepol, nicht als ManÄ¶vriermasseâ (S.Ä 16). Als sie im Zuge des gemÄ¶ßigt antiklerikalen Kulturkampfes ab 1868 zunÄ¶chst mehr politisiert wurde, als sich selbst zu politisieren, war sie zum Teil bereits Teil von nationalen Bewegungen, also politisch (und sozial) schon zu inhomogen, um noch das soziale Substrat einer grÄ¶ßen konservativen Partei abgeben zu kÄ¶nnen. Erst recht galt das, als sich ab den 1890er-Jahren neue Bauernvereine und Agrarparteien bildeten, weil das mehrfach reformierte Wahlrecht nun dazu Anlass gab; immerhin relativierten diese dann den Blockcharakter der nationalen Fraktionen, (der freilich bei den Deutschen nie existiert hatte) (S.Ä 110f., 117).

Die adeligen Protagonisten des so genannten âfÄ¶deralistischenâ Oktoberdiploms von 1860, Heinrich Clam-Martinić und Leo Thun, hÄ¶tten nicht zur Avant-

garde wirksamen Konservatismusâ werden können, weil sie âkeine Lösungen, sondern [nur] Visionenâ anboten. Ihr Programm des Rückbaus des Staates vertrug sich nicht mit dem Interesse der Armeeführung und deren Geldbedarf; zwei konservative Eliten kooperierten nicht, sie kollidierten (S.  45). Weil es galt, âdie Finanzmärkte zufrieden zu stellenâ, musste die Krone damals also âdie Liberalen ans Ruderâlassen: Schmerling setzte 1861 das Februarpatent durch, die Aristokraten in der Armee reihten sich beim gem igten Liberalismus ein, optierten âverfassungstreuâ für cisleithanischen Zentralismus (S.  44-46).

Der anschließende Boykott des Wiener Abgeordnetenhauses durch konservativen Großgrundbesitz (und die mit ihm verbündeten âAlttschechenâ) ab 1863/64 reichte nicht hin, das Parlament beschlussunfähig zu machen. Höbelt sieht ihn freilich dennoch wirksam ( dialektisch ): Er machte die Regierung Schmerling im Haus von den deutschen Liberalen abhängig, denen er nach Franz Josephs Willen aber noch nicht zugestehen durfte, was, nach Königgrätz, 1867 zur Ratifizierung des âAusgleichesâ mit Ungarn unumgänglich wurde: die liberale Substanz der Dezemberverfassung. So bekamen die Konservativen 1865 noch eine Chance, die sie freilich einmal mehr nicht zu nutzen wussten (Sistierung des Februarpatentes) (S.  59 f).

1878 riskierte die deutschliberale Parlamentsmehrheit einen Konflikt mit Franz Joseph über die Außen-

politik; sie lehnte die Okkupation Bosnien-Herzegowinas ab. Die Delegationen bewilligten dennoch die außerordentlichen Finanzmittel. Die Liberalen wurden aus der Regierung entfernt, Taaffe sollte als âKaiserministerâ regieren, von parlamentarischer Beeinflussung möglichst frei. Dass 1879 konservativer Adel und âAlttschechenâ den Boykott aufgaben und dadurch andere Mehrheiten im Abgeordnetenhaus möglich wurden, hatte dennoch ambivalente Wirkungen. Denn als Preis für ihre Wendung wurde den Tschechen die Aufwertung ihrer Sprache bei böhmischen Behörden bewilligt, die die Deutschen nicht nur im Reichsrat in dauerhafte Opposition trieb, sondern während der 1880er-Jahre deutschnationale anstelle deutschliberaler Strömungen dominant werden ließ; dem entsprach im tschechischen Milieu die Ablösung der âAlt-â durch die âJungtschechenâ (S.  78 82). âWohltemperierte Unzufriedenheitâ machte zunehmend hitziger Platz, ab 1897 sogar radikaler; erst als diese sich allenthalben als steril erwies, als Gewirr von Sackgassen, stellten sich vor 1914 wieder etwas ged mpftere Temperaturen ein. Der Weltkrieg produzierte dann vollends neue Konstellationen.

Nicht alles, was Höbelt anspricht bzw. behauptet, überzeugt. Aber das Nachdenken und Prüfen lohnt es allemal. Reizvoll ist die Vorstellung, er selbst führte demnächst auf etwa 1000 Seiten mitsamt Belegen im Detail aus, was er im vorliegenden Band nur andeuten konnte.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Alfred Ableitinger. Review of Höbelt, Lothar, *Franz Joseph I: Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. March, 2010.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=29826>

Copyright   2010 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.